

Gisler



MARKUS GISLER

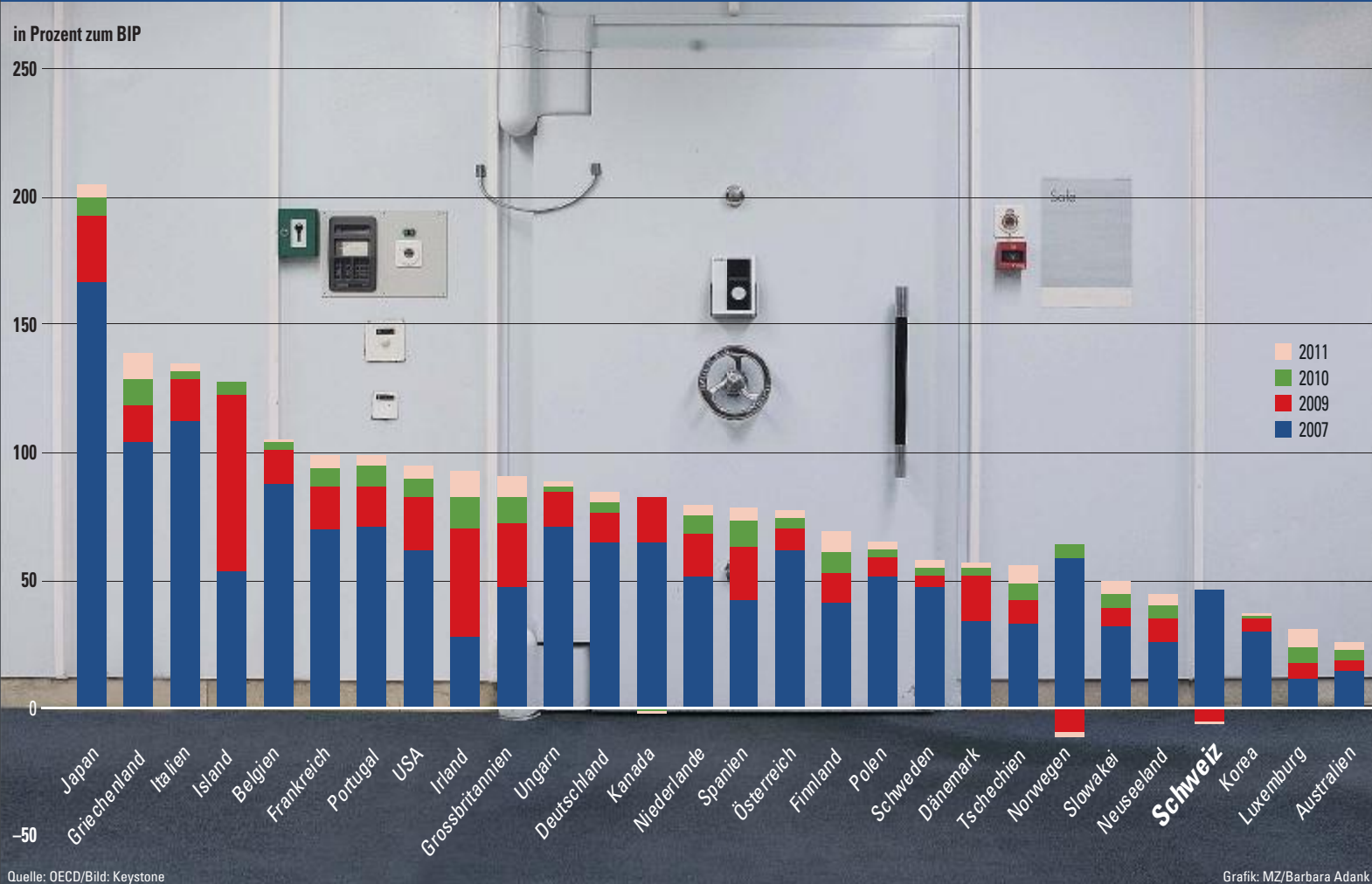
Gier ist schuld an Staatsschulden

DIE ERHOLUNG DES EURO war von kurzer Dauer. Gestern schloss die Währung auf Fr. 1.4150 und ist damit nicht mehr weit entfernt von Fr. 1.4050, dem Niveau, auf dem die Nationalbank vor Wochenfrist so intensiv interveniert und damit ein Abgleiten unter die psychologisch wichtige Marke von Fr. 1.4000 verhindert hatte. Die erneute Euro-Schwäche ist Ausdruck wieder zunehmender Angst. Mittlerweile verstärkt sich am Markt die Meinung, auch die bereitgestellten 750 Milliarden würden nicht ausreichen, um das europäische Bankensystem zu stabilisieren.

WICHTIG IST, sich vor Augen zu führen, worum es bei diesem Stabilitätspaket tatsächlich geht. Vordergründig war die Summe bereitgestellt worden, um die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu verhindern. Doch das Land ist «lediglich» mit rund 300 Milliarden Euro verschuldet. Weshalb sich die berechtigte Frage stellt, weshalb es denn 750 Milliarden Euro braucht, um Griechenland zu stabilisieren. Die Antwort: Mit dem Paket soll nicht in erster Linie Griechenland refinanziert werden. Vielmehr hat die Politik realisiert, dass ein Kollaps des Bankensystems droht, genau so wie nach der Lehman-Pleite im Oktober 2008. Gefährlich ist die Verknüpfung der Banken, weil sich alle Banken untereinander Geld ausleihen und damit voneinander abhängig sind. Die Befürchtung, dass es eine grössere Bank treffen könnte und dadurch das ganze System instabil würde, ist denn auch der Grund, weshalb alle Bankaktien in den letzten Tagen so viel an Wert verloren haben. Die Guthaben an Staatsschulden, welche bei den Banken liegen, sind gigantisch. Gemäss Weltbank ist allein der öffentliche und private Sektor Spaniens mit insgesamt 1500 Milliarden Euro verschuldet.

MIT DEM FINGER wird derzeit vor allem auf die Politik gezeigt, welche für die gigantische Verschuldung einer ganzen Reihe von Staaten verantwortlich gemacht wird. Doch der Politik wurde es zu leicht gemacht, denn das Geld bekam sie vom Markt, von den Geschäftsbanken. Sie waren es, welche auf die höheren Zinsen schielten und die Schulden gerne übernahmen. Sie machten es sich zu einfach, indem sie sich sagten: Spielt ja keine Rolle, die Staaten haften sowieso. Dass die Finanzspezialisten der Banken aber einem Staat Geld liehen, dessen Wirtschaftswachstum notorisch schwach ist (Griechenland), dessen Schuldenberg schon jedes gesunde Mass überschritten hat (Italien, Irland) oder dessen Immobilienmarkt aufgebläht wie ein Ballon war (Spanien), kümmerte offenbar niemanden. Blind wurde jede neue Obligation gezeichnet. Und einmal mehr tragen die Steuerzahler den Schaden, einmal mehr werden die Verluste sozialisiert. Bloss geht es dieses Mal ans Lebendige. Die Sparmassnahmen werden noch heftige politische Spannungen auslösen.

WIE DIE STAATEN VERSCHULDET SIND – VOR DER KRISE UND JETZT



Quelle: OECD/Bild: Keystone

Grafik: MZ/Barbara Adank

Die Schweiz steht gut da

Positive OECD-Prognose: Tiefe Verschuldungsquote und rasche Erholung in Sicht

Die Schweizer Wirtschaft erholt sich nach Ansicht der OECD schneller als erwartet. Die Organisation hat ihre Prognosen deutlich angehoben. Demnach wächst die Wirtschaftsleistung im laufenden Jahr um 1,8 Prozent. In ihrem Ausblick vom letzten November hatte die OECD noch ein Plus von 0,9 Prozent vorhergesagt.

Nächstes Jahr zieht das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gar auf 2,2 Prozent an, wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mitteilte. In ihrer November-Prognose hatte die Organisation eine Expansionsrate von 1,9 Prozent in Aussicht gestellt.

Starker Franken bereitet Sorge

Die Belebung ist einem starken Export, aber auch einer wachsenden Binnennachfrage zu verdanken. Insbesondere die privaten Investitionen und der Privatkonsum nehmen wieder zu. Die Zahl der Arbeitslosen soll 2011 sinken. Die OECD erwartet aber nur einen langsamen Rückgang, da viele Leute noch Kurzarbeit leisten.

Weiterhin trüb ist das Geschäftsklima in der Schweizer Finanzbranche. Die Gefahr eines Bankenzusammenbruchs sollte weiter reduziert werden, insbesondere über eine Verschärfung der Kapitalanforderungen für die UBS und die CS. Sorgen bereitet der OECD über-

dies der starke Franken. Eine weitere Aufwertung könnte die Export-Wirtschaft schwächen. Nicht nur die Schweiz, sondern die Industrieländer insgesamt erholen sich überraschend schnell von der schweren Rezession, wie die OECD konstatierte. Zu den Spitzenreitern dürften die USA gehören, wo das BIP im laufenden und im nächsten Jahr jeweils um 3,2 Prozent zulegt.

Euro-Raum hinkt hinterher

Auch die japanische Wirtschaft erholt sich rasch von ihrem tiefen Einbruch von 2009: Die OECD-Experten sagen ein Wachstum von 3 Prozent für das laufende und 2 Pro-

zent für das nächste Jahr voraus. Die Euro-Zone kommt dagegen mit einem Wachstum von 1,2 Prozent im laufenden und 1,8 Prozent im nächsten Jahr langsamer aus der Krise und hinkt der globalen Erholung hinterher. Der deutschen Wirtschaft traut die Organisation ein deutliches Wachstum zu: 2,0 Prozent in diesem und 2,1 Prozent im nächsten Jahr. Damit könnte der wichtigste Handelspartner der Schweiz den im Rezessionsjahr 2009 erlittenen Einbruch von 4,9 Prozent nahezu kompensieren. Allerdings steigen angesichts der Schuldenkrise in Europa die Risiken, wie die OECD warnte. «Dies ist

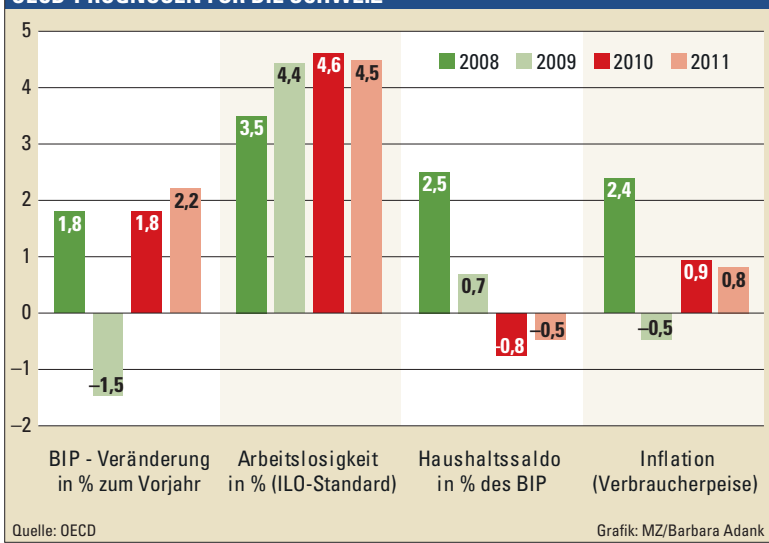
ein entscheidender Moment für die Weltwirtschaft», sagte OECD-Generalsekretär Angel Gurría. «Viele OECD-Länder müssen jetzt die Unterstützung eines noch immer brüchigen Aufschwungs mit einer nachhaltigeren Haushaltspolitik in Einklang bringen.» Dafür sei «eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene erforderlich».

Überschuldung als Risiko

Sorgenkind der Konjunktur bleibt aber der Arbeitsmarkt. In den vergangenen zwei Jahren stieg die Zahl der Arbeitslosen im OECD-Raum um mehr als 16 Millionen. Ohne die Zunahme der Kurzarbeit und die «automatischen Stabilisatoren» der Sozialsysteme wäre die Entwicklung sogar noch schlimmer gewesen. «Die Arbeitslosenquote könnte mit 8,5 Prozent für den OECD-Raum insgesamt nun ihren Höhepunkt erreicht haben», meint die OECD. Jetzt müsse man jene Arbeitskräfte unterstützen, die am stärksten von «Langzeitarbeitslosigkeit und Loslösung vom Arbeitsmarkt bedroht» seien.

Ein «grosses Risiko» sieht die OECD beim Markt für Staatsanleihen. Die Instabilität habe sich vom Euro-Raum auf andere Teile der Welt ausgeweitet. Die Verschuldung führe über höhere Risikoprämien zu höherer Schuldenlast, während das Wachstum gebremst werde. (SDA/DPA)

OECD-PROGNOSEN FÜR DIE SCHWEIZ



Quelle: OECD

Grafik: MZ/Barbara Adank

Börse

Deutliche Korrektur nach vier Tagen mit fallenden Kursen

Der Schweizer Aktienmarkt schloss am Mittwoch fester. Das Blue-Chips-Barometer SMI schloss 1,3 Prozent höher bei 6167 Punkten. Marktteilnehmer führten die Avancen auf eine technische Reaktion im Zeichen von Deckungskäufen zurück. Die steigenden Kurse dürften nicht von Dauer sein. Die Sorgen um die europäische Wirtschaft seien alles andere als gebannt. Unter den zyklischen Titeln verzeichneten Swatch (+6,2%) und Richemont (+5,6%) die prozentual grössten Gewinne. Richemont wird heute die Jahreszahlen vorlegen. Die Bankaktien UBS (+1,2%) und Credit Suisse (+1,1%) gaben ihre im Verlauf erzielten Kursgewinne teilweise wieder preis. (SDA)

Nachrichten

Coop verlängert den GAV

Coop verlängert den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) bis Ende 2013. Alle Vertragspartner haben sich drauf geeinigt, teilte der Grossverteiler mit. Der Coop-GAV gilt für rund 37 000 Angestellte. Ausgenommen ist das Kader sowie die Mitarbeitenden von Interdiscount und Dipl. Ing. Fust. Sozialpartner sind neben Coop die Verbände KV Schweiz, Verein der Angestellten Coop, Syna, Unia sowie OCST. Laut Coop als drittgrösstem Arbeitgeber der Schweiz ist der eigene GAV der einzige im Schweizer Detailhandel, der im Konsens mit allen Sozialpartnern ausgehandelt worden ist. (SDA)

Werbung NZZ-Manager Hofer zu Affichage

Der angeschlagene Aussenwerber Affichage bekommt eine neue Führung. Der langjährige CEO und Verwaltungsratsdelegierte Christian Kauter tritt per 30. Juni in den Ruhestand. Er wird vom NZZ-Manager Daniel Hofer abgelöst, der sein Amt erst per 1. Oktober antritt. In der Zwischenzeit springt Verwaltungsrat Markus Scheidegger als operativer Chef ein, wie Affichage, der unter anderem die Allgemeine Plakatgesellschaft (APG) gehört, mitteilte. Hofer wird neben seiner Funktion als CEO auch den Markt Schweiz leiten. Bei der NZZ-Gruppe stand er zuletzt als Mitglied der Unternehmensleitung dem Geschäft «Verlage Zürich» vor. (SDA)

Auslandbanken Gewinne im Jahr 2009 eingebrochen

Die Auslandbanken in der Schweiz stehen unter doppeltem Druck: Während sie die Folgen der Finanzkrise verdauen müssen, sorgen die internationalen Steuerdebatten bei den Vermögensverwaltern immer noch für Nervosität. Die Gewinne der 155 Institute, die dem Verband Auslandbanken in der Schweiz angeschlossen sind, brachen im Krisenjahr 2009 im Vorjahresvergleich um 38 Prozent auf 1,95 Mrd. Fr. ein. Als Grund nannte der Verband Wertberichtigungen und rückläufige Erträge im Zins- und Kommissionsgeschäft. Die Zahl der Mitarbeiter sank um 8 Prozent auf knapp 20 000. (SDA)

US-Industrie Die Auftragsbücher sind voll

Die US-Industrie hat im April so viele Aufträge für Maschinen, Fahrzeuge und andere langlebige Güter erhalten wie seit der Lehman-Pleite nicht mehr. Die Bestellungen legten um 2,9 Prozent zum Vormonat auf knapp 194 Mrd. Dollar zu. Dies teilte das Handelsministerium mit. Der Anstieg fiel mehr als doppelt so stark aus wie von Analysten vorhergesagt. Der Auftragsengang war zugleich der stärkste seit September 2008, als die weltweite Finanzkrise mit der Lehman-Pleite ihren Anfang nahm. Die Bestellungen langlebiger Güter gelten als wichtiger Indikator für die künftige Konjunktorentwicklung. (SDA)